bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 13 | 20. Juni 2008

Rechte Szene 2

Partei der „Kümmerer"
Die NPD will in Nordrhein-Westfalen lokal Fuß fassen – in Konkurrenz zu „pro"-Bewegung und Republikanern.

„Gemeinschaft der Nation"
In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD eng mit den neonazistischen Kameradschaften und der „Heimattreuen Deutschen Jugend" vernetzt.

„Großoffensive"
Extrem rechte Fußballfans fallen immer wieder durch hohe Gewaltbereitschaft auf – auch die NPD mischt in der Szene mit.

„Botschaft an die Völker"
Drei rechtsextreme Organisationen aus Österreich und Deutschland sind fest miteinander verbunden.

Grauzone 6

„Ein guter Freund"
Die „Junge Freiheit" erhält Unterstützung vom Fürsten Bismarck.

Ideologische Wegbereiter
Bedeutung der völkischen Bewegung für das Aufkommen des Nationalsozialismus.

Seitenblick 8

Zunehmende Bedeutung
Der „Schattenbericht Berliner Zustände" verzeichnet mehr rechtsextreme Gewalttaten als die behördlich erfassten, die meisten werden im Ostteil der Stadt verübt.

Ausland 9

Wurzeln oder Zweige
In Frankreich formiert eine neue rechtsextreme Sammlungsbewegung – Unterstützung will man auch von erfolgreichen Rechtspopulisten aus dem Ausland.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Unerwünschte Kollegen
Vor 70 Jahren verhängten die Nazis ein Berufsverbot für alle jüdische Ärzte – nichtjüdische Mediziner waren zahlreich in den NS-Organisationen vertreten.

Meldungen 11

Rechte Szene

Partei der „Kümmerer“

Die NPD will in Nordrhein-Westfalen lokal Fuß fassen – in Konkurrenz zu „pro“-Bewegung und Republikanern.

Claus Cremer, beim Parteitag der NRW-NPD am 15. Juni zum Landesvorsitzenden aufgestiegen, zeigt sich mit Blick auf die Kommunalwahl im Sommer 2009 optimistisch: „Ich bin mir sicher, dass wir die Anzahl der Mandatsträger in den Kommunalparlamenten deutlich steigern können.“ In den letzten zwei Jahren, so resümierte er, habe die NPD ihre Strukturen im größten Bundesland „deutlich ausbauen und professionalisieren“ können. Das Bemühen der NPD, lokal Fuß zu fassen, hat auch der NRW-Verfassungsschutz im Blick. In seinem Jahresbericht 2007 notiert er, die Partei verfüge in 45 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten über „arbeitsfähige Strukturen“, die freilich „unterschiedliche Aktivitäten“ aufweisen würden. „Die Zahl der NPD-Mandate dürfte sich deutlich erhöhen, wenn die Partei weitgehend flächendeckend antritt“, prognostizieren die Verfassungsschützer.

Erst recht nach den Kreistagswahlen in Sachsen am 8. Juni dieses Jahres, als es der NPD gelang, von 1,3 auf 5,1 Prozent zuzulegen und in alle Kreisparlamente einzuziehen, gewinnt die Kommunalpolitik für die NPD noch einmal an Bedeutung. Doch ihrem Wachstum sind zwischen Rhein, Ruhr und Weser Grenzen gesetzt. Über gerade einmal 750 Mitglieder verfügt ihr Landesverband. Und während es der NPD in Teilen Ostdeutschlands gelang, sich als Partei der „Kümmerer“ mit Angeboten für Arbeitslose, Frauen, Jugendliche zu präsentieren, sind solche Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen deutlich schwächer ausgeprägt.

Zudem hat es die NRW-NPD mit Konkurrenz am rechten Rand zu tun. Die mediale Aufmerksamkeit gehört derzeit eher den „pro NRW“-Gruppierungen. Einerseits versucht die NPD, ihnen den Charakter einer echten „nationalen Opposition“ abzusprechen, andererseits reagiert sie mit Tricks auf das neue Phänomen. Im Januar wurde ein internes NPD-Protokoll bekannt: „Der Landesvorstand hat (...) beschlossen, in allen größeren Städten in Kreis und kreisfreien Gebieten sich die Namensrechte pro… zu sichern, d.h. es müssen in den jeweiligen Städten Vereine unter den Namen Bürgerbewegung pro… gegründet werden. Diese Vereinsgründungen dienen dazu, um massiv gegen die Bewegung pro Köln vor zugehen.“ Umgesetzt wurde dieser Beschluss in Wattenscheid, wo Landesvorstandsmitglied Benjamin Dahlbeck im Impressum einer Homepage „pro Wattenscheid“ verantwortlich zeichnet und in Münster, wo sein Vorstandskollege Matthias Pohl diese Aufgabe übernommen hat. Landeschef Cremer persönlich ist Domaininhaber für pro-wattenscheid.de und pro-bochum.de.

Helfen sollen der NPD im Kommunalwahlkampf auch die „Kameraden des parteiungebundenen Spektrums“, wie Cremer im Frühjahr erklärte. Mit DVU-Landeschef Max Branghofer wurde zudem vereinbart, den „Deutschland-Pakt“ zwischen NPD und DVU auch kommunal zu praktizieren. Bedeutung hat dies vor allem für Dortmund, wo die Frey-Partei im Rat vertreten ist. Schon seit Monaten führen DVU und NPD dort einträchtig gemeinsame Infostände durch.

Mitmischen am rechten Rand wollen 2009 auch wieder die Republikaner. Als Ziel geben sie vollmundig „eine Verbreiterung der kommunalen Basis“ an. Leicht dürfte ihnen das nicht fallen. Auch in NRW leidet die Partei offenbar unter Mitgliederschwund. Dabei liefen ihr einige Mandatsträger davon. Zu den „pro“-Gruppierungen wechselten etwa die Ratsmitglieder Hans Breninek (Köln) und Kevin Gareth Hauer (Gelsenkirchen). Egbert Geiecke, Kreistagsmitglied im Märkischen Kreis, wurde Mitglied einer NPD-Gruppe im Kreisparlament. Auch Jürgen Thiel, Stadtrat in Lüdenscheid, segelt nicht mehr auf dem REP-Ticket.

Eigentlich stehen die Chancen extrem rechter Parteien, Mandate zu ergattern, in Nordrhein-Westfalen nicht schlecht. Nach dem Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde war ihnen 2004 fast überall, wo sie die Voraussetzungen für einen Wahlantritt erfüllt hatten – also ausreichend Kandidaten aufzubieten und Unterstützungsunterschriften zu sammeln –, auch der Einzug in die Parlamente gelungen. Im nächsten Jahr ist zu erwarten, dass extrem rechte Parteien in deutlich mehr Kommunen und Kreisen auf dem Stimmzettel stehen werden – was die Aussicht auf zusätzliche Mandate eröffnet, andererseits aber auch bedeuten könnte, dass sie sich hier und da gegenseitig die Stimmen wegnehmen.

Tomas Sager

„Gemeinschaft der Nation“

In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD eng mit den neonazistischen Kameradschaften und der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ vernetzt.

NPD und „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) rücken in Mecklenburg-Vorpommern noch enger zusammen: auf der Homepage des Landesverbandes der Partei gibt es einen direkten Hinweis auf die Aktivitäten der HDJ, auch war der Werbefilm der neonazistischen Kindererziehungsorganisation Anfang des Jahres sofort auf den Seiten der NPD beworben worden. Nicht verwunderlich also, wenn NPD-Fraktionschef Udo Pastörs beim Kulturabend der HDJ-Einheit „Mecklenburg und Pommern“ unter dem Motto „An de Waterkant“ als Hauptredner aufgetreten sein soll. Im „Funkenflug“, der Zeitschrift der HDJ, wird berichtet: „Udo Pastörs führte uns durch die deutsch-europäische Vergangenheit, deren Größen und Persönlichkeiten uns allen zur Orientierung dienen sollten, um unsere Geschichte niemals enden zu lassen und um den Kampf gegen die Globalisierung und ihren verdeckten Völkermord aufnehmen zu können.“

Dabei hätte der Schweriner Politiker Grund gehabt, sich zu distanzieren, denn die HDJ geriert sich als immer rassistischer und gefährlicher. Im Mai wurden unter anderem auch gegen den Anführer der HDJ-Einheit Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz eingeleitet. Der Biologiestudent Ragnar Dam aus Greifswald soll an der Durchführung einer so genannten „Rasseschulung“ im NPD-Haus im niedersächsischen Georgsmarien-hütte beteiligt gewesen sein. Unter den rund 40 Teilnehmern, denen auch der NS-Film „Der ewige Jude“ gezeigt wurde, waren nach Polizeiangaben Minderjährige.

Aber gerade im nördlichen Bundesland zwischen Elbe und Uecker gibt es eine enge Vernetzung zwischen NPD-Führung, neonazistischen Kameradschaften und der HDJ. Im Raum Burg Stargard oder im Bereich Ostvorpommern werben sie gemeinsam um die Gunst von Jugendlichen. In Mecklenburg-Vorpommern zeichnen sich zur Zeit Schwerpunktaktivitäten der bundesweit aktiven HDJ ab. Das mag auch an der engen Kooperation mit politischen Vorfeldorganisationen wie dem „Heimatbund Pommern“ oder dem „Kulturkreis Neustrelitz“ liegen. Gemeinsam werden kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Konkurrenzgebaren wie teilweise gegenüber dem „Freibund“ scheint es hier nicht zu geben. In diesem Jahr führte die HDJ nicht nur den nach Neustrelitz verlegten „Tollense-Marsch“ mit rund 100 Teilnehmern mit durch, sondern nach eigenen Angaben auch ein Osterlager in Tückhude bei Demmin sowie ein „Einheitswochenende“ Mitte April und ein Wochenendlager für den kleineren Nachwuchs Ende April im Westen Mecklenburgs.

Im März soll bei eisiger Kälte auch eine Wanderung auf der Insel Usedom stattgefunden haben. Dazu heißt es im Funkenflug: „Im Ostseebad Zinnowitz angekommen, wurden wir bereits von einigen örtlichen Kameraden erwartet.“ Gemeinsam besichtigte man später auch auf dem Golm eine Kriegsgräberstätte und stattete dem polnischen Nachbarland einen kurzen Besuch ab: „Mit dem Pommernwimpel voran marschierten wir unbehelligt in Swinemünde ein.“ Auch die Einheit „Preußen“, die von Denis Schauer aus Berlin angeführt wird, führte demnach „im Herzen Mecklenburgs“ Mitte April einen 80 Kilometer-„Leistungsmarsch“ durch.

„Für Deutschland kämpfen, aber das Gesicht nicht zeigen wollen“

Untätig scheinen allerdings auch die anderen Sektionen der Neonazi-Organisation nicht gewesen zu sein. Die Anhänger der Einheit „Hermannsland“ aus Detmold lernten Mitte März praktische „Kameradenhilfe“ mit Erste-Hilfe-Kurs und absolvierten nach eigenen Angaben einen „längeren Lauf durch das Osnabrücker Land“. Stolz berichten deren Vertreter im „Funkenflug“: „Neue Mitstreiter für unsere Einheit konnten bereits gewonnen werden.“ Außerdem besuchten einige der Hermannsländer Ende März eine Neonazi-Veranstaltung mit einem über dreistündigen Vortrag des ehemaligen Pflegers von Rudolf Heß und unternahmen eine Fahrradtour mit Übernachtung im Freien in der Region Lemgo. Anfang April fand ein Einheitstreffen für den jungen Nachwuchs statt.

Die südlichen Einheiten der HDJ trafen sich zum Osterlager im fränkischen Buhlsbach. Sie trainierten sich unter anderem in Rhetorik und „Benehmen“, „um den Körper der Mädchen in Schwung

zu bringen, gab es sinnvolle Gymnastikübungen" und eine Ostarafeier wurde abgehalten. Am Ende hieß es frohlockend: „Mit diesen schönen Erinnerungen treten wir weiterhin den Kampf um unser geliebtes deutsches Volk an."

Im aktuellen „Funkenflug" schwört sich die HDJ-Gemeinde nochmal aufeinander ein: „Erst im alltäglichen Kampf gilt es zu bestehen." Den „Funkenflug"-Autoren zufolge sei die HDJ nicht bündisch und der „Wandervogel" nicht ihr Vorläufer. Denn Ziel der HDJ sei nicht „die kleine Abgeschlossenheit von wenigen, sondern die große Gemeinschaft der Nation."

Dafür sollen ihre Anhänger „die Kräfte" überwinden, „die Dich aus Überalterung oder Unverständnis nicht begreifen können." Hinweise, die ihren Grund zu haben scheinen, denn nicht überall im extrem rechten Lager stoßen die Aktivitäten der HDJ auf Verständnis. Mit einem hämischen Text unter dem Titel „An die feinen Nationalen" wird abgerechnet mit den Kameraden, die „mit denen, den Radikalen" nichts zu schaffen haben wollen, die sich in einer „BRDisten-Uniform" tarnen. Denen es an Solidarität mangelt, wird vorgeworfen, für Deutschland kämpfen, aber das Gesicht nicht zeigen zu wollen. Vorwurfsvoll heißt es an anonyme Kritiker in den eigenen Reihen gerichtet: „Von Schlachten weißt du viel, vom Wesen des Kriegers nichts."

Andrea Röpke

„Großoffensive"

Extrem rechte Fußballfans fallen immer wieder durch hohe Gewaltbereitschaft auf – auch die NPD mischt in der Szene mit.

Bei einem nicht angemeldeten NPD-Fußballturnier am 14. Juni auf dem Leimriether Fußballplatz in der thüringischen Kreisstadt Hildburghausen wurde Bürgermeister Steffen Harzer tätlich angegriffen und musste sich in ärztliche Behandlung begeben. In seiner Eigenschaft als Hausherr hatte der Bürgermeister in Begleitung der Polizei die rund 50 fußballbegeisterten Rechtsextremisten, darunter den NPD-Kreisvorsitzenden Tommy Frenck, aufgefordert, den stadteigenen Platz zu verlassen. Dabei wurde Harzer attackiert und verbal bedroht. Nach Recherchen des MDR-Sportmagazins „Sport im Osten" hat sich in Hildburghausen ein Verein mit dem Namen „SV Germania Hildburghausen" gebildet, der sich um Gemeinnützigkeit bemüht. Hinter dem Verein stehe Frenck sowie andere Mitglieder der NPD.

Beim Landesligaduell TSV Bützow gegen Dynamo Schwerin am 14. Juni in Bützow wurden Polizisten attackiert. Außerhalb des Stadions schlugen Fans der beiden Vereine aufeinander ein. Acht Polizisten wurden verletzt, Autos beschädigt und Papiercontainer abgebrannnt. Am 14. Juni randalierten die als gewaltbereit bekannten Fans des Verbandsligisten Lok Leipzig in Schwerin. In der Schweriner Innenstadt setzten sie Papiercontainer in Brand, zündeten Böller, zerschlugen Flaschen und warfen Schilder um. Den genannten Vereinen wird ein harter Kern an rechtsextremen Fans zugerechnet.

Vor dem Europameisterschafts-Vorrundenspiel zwischen Deutschland und Polen am 8. Juni in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt wurden 140 deutsche Fußballfans verhaftet. Sie hatten rechtsextreme Parolen wie: „Deutsche wehrt euch, kauft nicht bei Polen!" und: „Alle Polen müssen einen gelben Stern tragen!", gegrölt. In Hannover wurden vor dem Klagenfurter Spiel hunderte Flyer mit dem Text „Wehen deine Fahnen auch noch nach der EM? Bist du wirklich nur ein Saison-Deutscher? Unsere Fahnen müssen immer und überall wehen." Presserechtlich Verantwortlicher des Flugblattes war der Hamburger Neonazi Christian Worch.

In Berlin wurde am Abend des 8. Juni eine zehnköpfige Gruppe von rechten Fußballfans, die rechtsextreme und ausländerfeindliche Parolen brüllte, vorläufig festgenommen. Bei einem Landesligaspiel im brandenburgischen Forst am 7. Juni wurden aus einer 40-köpfigen Gruppe heraus Sprüche wie: „Wir bauen eine U-Bahn von Cottbus bis nach Auschwitz!", skandiert.

Ein Bochumer Hooligan schlug am 31. Mai vor Beginn des Bundesligaspiels einen Bielefelder Ordner nieder. Aktivisten des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen starteteten am gleichen Tag vor der Schalker Arena in Gelsenkirchen eine „Großoffensive" zur Fußball-Europameisterschaft. NPD-Eigenangaben zufolge wurden tausende EM-Planer verteilt.

Anton Maegerle

„Botschaft an die Völker"

Drei rechtsextreme Organisationen aus Österreich und Deutschland sind fest miteinander verbunden.

Unter dem Leitsatz: „Vom Lebensgesetz gewachsener Völker" veranstalten die personell weitgehend identischen Vereine „Deutsches Kulturwerk Österreich" (Graz), „Freundeskreis Ulrich von Hutten" (Stockstadt) und die „Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich" (Graz) vom 12. bis 15. September im „Raum Nürnberg" ihre „32. Gästewoche". Die „Gästewoche" will am „systematischen Aufbau eines neuen Denkens, gründend auf Weltbild, Weltanschauung und Wertsetzung unter Mitarbeit von Persönlichkeiten, die auf geistig-weltanschaulicher Grundlage politisch gebildet sind und klare Begriffe für eine Neuorientierung und künftige Ordnung der Werte vermitteln können", wirken.

An der Spitze dieser Organisationen, die allesamt zum Blut-und-Boden-Flügel des Rechtsextremismus zählen, steht die Österreicherin Lisbeth Grolitsch (Graz). Grolitsch, ehemals „Gau-Unterführerin" des Bundes deutscher Mädel (BDM), war 1979 Mitunterzeichnerin des Aufrufes für eine Generalamnestie für NS-Verbrechen in der „Deutschen National-Zeitung". 2002 erschien ihr NS-apologetisches Buch „Notwende". Zu einem „Großen unseres Volkes" erklärte die Anhängerin des NS-Rassentheoretikers Hans F. K. Günther bezeichnenderweise auch Adolf Hitler, den sie wiederholt zustimmend zitierte. Sein „Kampf galt der Wiederherstellung des Lebensrechtes des Deutschen Volkes unter anderen Völkern. Diesem Ziel hat er mit dem vollen Einsatz seines Lebens gedient unter Bereitstellung aller genialen Fähigkeiten seiner Persönlichkeit."

In dem Blatt „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht", dem Sprachrohr des „Deutschen Kulturwerks Österreich", des „Freundeskreises Ulrich von Hutten" und der „Deutschen Kulturgemeinschaft Österreich", schrieb Grolitsch 2001: „Wir alle wissen, dass die Verfolgung der NPD wegen angeblicher Straftaten nur ein Vorwand ist, jede nationale Regung gegen den Genozid des deutschen Volkes, gegen die Zerstörung unserer gesamten Kultur im Keime zu ersticken. ... Das Reich haben unsere Feinde machtpolitisch bezwungen und versuchen nun, das Deutsche Volk biologisch auszuschalten. ... Das Schicksal Deutschlands kann und wird nur durch das Deutsche Volk selbst entschieden werden. ... Die großen Zeiten sind nicht die Zeiten der Erfüllung, sondern jene des heroischen Kampfes. Dabei mag das Leben über das Schicksal des einzelnen unbeachtet hinwegschreiten."

Als Redner sind zu der „Gästewoche" im September neben Grolitsch („Das Volk in seiner Tiefe. Sein Wuchs aus dem gemeinsamen Genbestand der Generationen") einschlägig bekannte Vertreter des rechtsextremen Spektrums angekündigt: Herbert Schweiger („Ein Volk zu sein ist die Religion unserer Zeit"), Gerd Zikeli („Die Rolle der religiösen Vorstellungen bei Rassen und Völkern"), Sepp Biber („Die Welt der tausend Völker"), Richard Melisch („Die islamischen Völker"), Bringfriede Jung („Johannes Brahms zum Gedenken"), Hartmut Wilhelm („Die Himmelsscheibe als Zeugnis über 7000 Jahre alter Himmelskunde unserer Vorfahren"), Eric Kaden („Chinas überliefertes Lebensgesetz im Vergleich zum Lebensgesetz des Deutschen Volkes"), Sigurd Schulien („Völker und Technik") und Wolfram Nahrath („Lebensgesetz und Völkerrecht. Die neue Friedenordnung").

„Klimaschützer im Auftrag der Globalisierer"

Schweiger, Jung und Biber gehören zur NS-Erlebnisgeneration. Der Österreicher Schweiger steht dem Verein „Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes" vor. Nach Ansicht des einstigen SS-Untersturmführers der Division „Leibstandarte Adolf Hitler" müsse das deutsche Volk „die Existenz der weißen Rasse" sichern. Zum „Zwecke der Arterhaltung" sollten sich alle germanischen, slawischen und romanischen Völker zusammenschließen. Jung, vormals mit Führungsaufgaben im BDM und in der NS-Frauenschaft betraut, referierte im Februar bei der NPD-Organisation Ring Nationaler Frauen (RNF) über „Feminismus und Gender mainstreaming – gelten Naturgesetze nicht mehr?" Biber, einst Freiwilliger der SS-Division „Hitlerjugend", war später stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg. 2003 glorifizierte der einstige Funktionsträger der 1994 vom Bundesminister des Innern verbotenen Neonazitruppe „Wiking-Jugend" (WJ) in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme" den Nationalsozialismus: „Die Volksgemein-

schaft war verwirklicht! Wir haben Sie erlebt. Ohne sie wären auch die großartigen Leistungen des deutschen Soldaten und der Menschen in der Heimat nicht möglich gewesen."

Bei der WJ, einer Imitation der Hitler-Jugend (HJ), waren neben Biber auch Wilhelm, Kaden und Nahrath beheimatet. Nahrath war letzter WJ-Bundesführer. Mitgliedsbeiträge des „Freundeskreises Ulrich von Hutten" sind auf ein Konto von Nahrath (NPD) bei der Deutschen Bank zu entrichten. Engagiert ist Nahrath auch für die mit dem „Freundeskreis Ulrich von Hutten" verbundene „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur zur Förderung deutschen Lebens" (Villingen-Schwenningen). Die „Notgemeinschaft" versteht sich als „die Gemeinschaft der aufrechten Deutschen zur Verwertung testamentarischer Hinterlassenschaften und Vermögenswerte". Wilhelm (NPD) wirkte einst als WJ-Bundesfahrtenführer und nahm an Veranstaltungen der völkisch-rassistischen „Artgemeinschaft" teil. Kaden, vormals beim Gau Sachen der WJ aktiv und später Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, betreibt unter anderem den „Buchdienst Kaden", dessen Schwerpunktthema die „Kriegsgeschichte der Waffen-SS" darstellt.

Feindbild Schuliens, einst wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachhochschule Wiesbaden, sind „die im Auftrag der Globalisierer agierenden Klimaschützer". Die „Priester der Umerziehung" zauberten Schulien zufolge „ertrinkende Eisbären aus dem Hut", um „das Märchen vom Klimakiller CO 2 zu begründen." Melisch ist Dauerreferent in NPD-Kreisen. Mit Vorliebe referiert er zum Thema „Vernichtung der Völker durch Globalisierung". Der österreichische Publizist greift unter anderem für die „Deutsche Stimme", die FPÖ-nahe Monatszeitschrift „Die Aula" und die Wochenzeitung „Zur Zeit" zur Feder. Der gebürtige Siebenbürger Sachse Zikeli verehrt den rumänischen Antisemiten und Faschisten Corneliu Zelea Codreanu. In den 80er Jahren arbeitete Zikeli zeitweilig als Sekretär des Holocaust-Leugners Otto-Ernst Remer.

Bei der „Gästewoche" im September soll von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dann eine Resolution namens „Botschaft an die Völker für eine neue Friedensordnung" verabschiedet werden.

Anton Maegerle

Grauzone

„Ein guter Freund"

Die „Junge Freiheit" erhält Unterstützung vom Fürsten Bismarck.

Zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 hatte der rechtslastige Bismarckbund in die Gruft des „Eisernen Kanzlers", Otto Fürst von Bismarck, nach Friedrichsruh geladen. Die internen Einladungen wurden vom schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten Stephan Ehmke verschickt. In dem Schreiben des Kieler CDU-Stadtrates heißt es, da „linke und linksextreme politische Positionen tagtäglich an Einfluss zunehmen…", sei es wichtig, so Ehmke, sich „heute des heldenhaften Volksaufstandes in Mitteldeutschland" zu erinnern. Als Festredner vor dem Kreis handverlesener Zuhörer trat der Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit" Dieter Stein auf. Stein gehört nicht nur dem Bismarckbund, sondern auch dem Bismarckorden an. Vor der Gruft im Sachsenwald wurde Stein von Manfred Backerra von der rechtskonservativen Hamburger „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" begrüßt. Auch einige Burschenschafter unter anderem mit schwarz-weiß-rotem Band waren anwesend.

Kurz vor dem Glockenläuten um 19.00 Uhr traf Fürst Ferdinand von Bismarck ein. Presse sei nicht erwünscht, betonte Stephan Ehmke, „nur persönlich geladene Gäste" kämen zur Feier in die Gruft. Stein sollte zum Thema referieren: „Aufstand für die Freiheit – der 17. Juni als bleibendes Symbol für den deutschen Patriotismus". Am Tag der Aufnahme des JF-Chefredakteurs in den Bismarckbund hatte Reinhard Uhle-Wettler die Rede gehalten. Der Brigadegeneral a.D. und ehemalige Vorsitzende der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft war Referent bei der rechtsextremen Kulturorganisation Gesellschaft für freie Publistik (GfP), die heute vom NPD-Pressesprecher im Schweriner Landtag, Andreas Molau, angeführt wird. 1998 war Uhle-Wettler Herausgeber einer Festschrift für den britischen Holocaust-Leugner David Irving.

Der 1981 vom ehemaligen Mitarbeiter im NS-Propagandaministerium Hugo Wellems gegründe-

te Bismarckbund verleiht regelmäßig Orden in Silber und Gold. Vor wenigen Jahren wurde auch Albrecht Jebens ausgezeichnet, der einst im Vorstand der rechtsextremen GfP saß. Ferdinand Fürst von Bismarck scheut diese Kontakte seit Jahren nicht, auch sein Sohn Carl-Eduard wurde bereits mit einem Orden des Bundes ausgezeichnet.

Bismarck senior engagiert sich auch als „guter Freund" der Jungen Freiheit. In einem großflächig versandten, dreiseitigem Schreiben mit Foto und persönlicher Aufmachung vom 4. Juni dieses Jahres warnt Ferdinand von Bismarck: „Deutschland driftet nach links!" Er lobt die Regierungszeit seines Urahnen als vorbildlich und fordert die Adressaten anschließend auf, einen kostenlosen, vierwöchigen Probebezug der Wochenzeitung „Junge Freiheit", die laut dem Fürsten „von einer jungen Mannschaft exzellent" produziert wird, in Anspruch zu nehmen. Bismarck, der die rechte Zeitung seit 1996 bezieht, betont: „Ich möchte helfen, dass möglichst viele Deutsche, (…) die Junge Freiheit als freie Stimme für Deutschland kennenlernen". Dafür habe er mit dem Chefredakteur Stein „eine Vereinbarung" getroffen, die ein Probeabo möglich mache. „Bitte antworten Sie möglichst heute noch", drängelt der Fürst, denn „jeder Patriot" sei jetzt gefordert. *Andrea Röpke*

Ideologische Wegbereiter

Bedeutung der völkischen Bewegung für das Aufkommen des Nationalsozialismus.

Die NPD bekennt sich heute in programmatischen Erklärungen zu „völkischem Denken" und „völkischem Sozialismus". Die Bezeichnungen knüpfen an eine Bewegung an, welche im Wilhelminischen Kaiserreich aufkam, in der Weimarer Republik politisch wirkte und teilweise im Nationalsozialismus aufging. Ihr widmet der Hamburger Soziologe Stefan Breuer in seinem neuesten Buch „Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik" seine Aufmerksamkeit. Er will darin eine Art „Panoramabild" dieser ideologischen und organisatorischen Strömung im genannten Zeitraum abliefern. Als Kernelemente benennt der Autor eine Verbindung von „Mittelstandsideologie, Kritik der reflexiven Modernisierung und Rechtsnationalismus im Rahmen einer sozialen Bewegung". Seine Analyse will aufgrund der eher allgemeinen Merkmale aber den „Schwerpunkt auf die politischen Artikulations- und Organisationsformen der Völkischen" (S. 21), also die Parteien, Verbände und Vereine mit ihrem größeren Aussageprofil legen.

Breuer gliedert seine Darstellung in zwei große Kapitel: Zunächst geht es um die Entwicklung in der Kaiserzeit, wobei die Grundlegung des völkischen Nationalismus durch Bernhard Förster und Otto Glagau am Beginn steht. Danach zeichnet Breuer die Entwicklung vom Diskurs zur Bewegung nach, beschreibt die Entstehung völkischer Gesinnungsgemeinschaften und die Zustimmung zu derartigen Parteien durch Mitglieder und bei Wahlen. Darüber hinaus fragt er nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur antisemitischen und rassenhygienischen Bewegung sowie zur Kultur- und Lebensreformbewegung. Bei den Ausführungen zu den Völkischen in der Weimarer Republik stehen die Organisationen noch stärker im Zentrum: der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Deutschbund, die Deutschsoziale Partei oder die Deutschvölkische Freiheitspartei. Dann geht es um die Rolle der Völkischen in der DNVP und der NSDAP, aber auch um ihre Einstellung zur Frauenfrage oder ihre Jugendarbeit.

Breuer erweist sich in seiner neuen Untersuchung zur Geschichte der „Rechten" in Deutschland ebenso wie in seinen früheren Arbeiten dazu als ausgezeichneter Kenner der Materie. Selbst wer seine Einschätzungen und Typologisierungen nicht in allen Facetten teilt, muss von dem immensen Arbeitsaufwand und der breiten Quellenarbeit beeindruckt sein. Die vorliegende Studie beruht teilweise auf einer intensiven Auswertung zeitgenössischer Publikationen und stützt sich nicht nur auf die vorliegende Sekundärliteratur. Hinsichtlich der Differenzierung neigt Breuer jedoch zu Übertreibungen: Durch die Verweise auf Unterschiede geraten mitunter die Gemeinsamkeiten aus dem Blickfeld. Darüber hinaus hätte man sich zumindest zum Schluss noch eine analytische Abrundung gewünscht, auch und gerade hinsichtlich der Bedeutung der völkischen Bewegung für den aufkommenden Nationalsozialismus.

Armin Pfahl-Traughber

Stefan Breuer: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Verlag Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, 294 S., 49,90 Euro

Seitenblick

Zunehmende Bedeutung

Der „Schattenbericht Berliner Zustände" verzeichnet mehr rechtsextreme Gewalttaten als die behördlich erfassten, die meisten werden im Ostteil der Stadt verübt.

Die Zahl rechtsextremer, antisemitischer und rassistischer Gewalttaten in Berlin ist 2007 nach einhelliger Auffassung von Verfassungsschutz und zivilgesellschaftlichen Initiativen zurückgegangen. Darüber, wie viel politisch motivierte Gewalt ausgeübt wurde, gehen die Ansichten zwischen staatlichen Ermittlungsbehörden und außerstaatlichen Projekten allerdings weit auseinander. Während der Berliner Verfassungsschutz mit 67 Fällen rechtsextremer Gewalt 29 weniger als im Jahr zuvor registrierte, kommt der „Schattenbericht Berliner Zustände 2007" zu weit höheren Zahlen: Nach Erkenntnissen eines Zusammenschlusses von Anti-Rechts-Projekten wurden 122 rechtsextreme gewalttätige Übergriffe verübt, 2006 waren es demnach 166.

Erstellt wurde der ausführliche Zustandsbericht, der 112 der Übergriffe zusätzlich dokumentiert, von den Projekten Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz), ReachOut und Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus (amira). Das Auseinanderklaffen der Zahlen führen die Verfasser des Schattenberichts auf nicht angezeigte Straftaten sowie auf die Entpolitisierung zahlreicher Vorfälle zurück: Rechtsextreme Gewalt als „jugendtypische Auseinandersetzung" einzustufen, sei nach wie vor nicht unüblich.

Der weitaus größere Teil rechtsextremer Gewalt wird im Ostteil der Stadt verübt: Friedrichshain ist mit 24 registrierten Gewalttaten erneut der Bezirk mit den meisten Übergriffen. Es folgen Lichtenberg mit 17, Pankow und Prenzlauer Berg mit je 11, Hohenschönhausen mit 9 und Marzahn mit 7 Angriffen. Im Westteil steht Neukölln mit sechs an der Spitze.

Eine beruhigende Begründung für den Rückgang der Gewalt haben die „Berliner Zustände" nicht: Mehrere bekannte Schläger hätten im vergangenen Jahr Haftstrafen abgesessen, so die Verfasser. Zudem mutmaßen sie, dass „die potenziellen Opfer und deren Umfeld mittlerweile so weit sensibilisiert sind, dass sie bestimmte Orte meiden oder sich vorsichtiger durch die Stadt bewegen." Für die ersten Monate des Jahres 2008 verzeichnen die Gruppen bereits wieder einen Anstieg. Überhaupt greife die Reduzierung der Debatte auf Fallzahlen zu kurz: Die Folgen der Gewalterfahrungen beschäftigten „Opfer und Beratungsstelle manchmal über Jahre hinweg." Dabei sei „die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen nicht immer hilfreich, um eine weitere Traumatisierung zu verhindern beziehungsweise eine Aufarbeitung zu ermöglichen," heißt es in dem Bericht. Eine Zunahme beobachten die Gruppen bei den Angriffen gegen Linke. Auch das Ausmaß der Drohgebärden nehme zu: Immer wieder würden Fotos linker Aktivisten neben Aufklebern mit Texten wie „Wir denken an dich" in deren Wohnumgebung geklebt.

Übereinstimmend beobachten Verfassungsschutz und Anti-Rechts-Gruppen einen Rückgang des Einflusses rechtsextremer Kameradschaften. Laut Innensenator Ehrhart Körting (SPD) bemühten sich die Rechtsextremen noch stärker als bisher um nicht identifizierbare Strukturen. Der Alternativ-Bericht verweist auf einen steigenden Einfluss der „Heimattreuen Deutschen Jugend" in Berlin: Diese habe sich „unter Verzicht auf öffentliche Selbstinszenierungen" ein „klandestines Netz gestrickt, das es ihr ermöglicht, bis zu 350 Personen in Camps zu versammeln, um diese ideologisch und paramilitärisch zu schulen."

Die Aktivitäten der NPD verorten die Verfasser des Schattenberichts schwerpunktmäßig in den vier Bezirksparlamenten, in denen ihre Abgeordneten sitzen. Ein Grund zur Entwarnung sei aber auch das nicht: Keinem „Ermüdungseffekt" zu erliegen, sondern eine „kontinuierliche Anstrengung zu unternehmen, rechtsextreme Präsenz nicht zur Normalität werden zu lassen", sei eine zentrale Herausforderung kommunaler Arbeit.

Jeannette Goddar

Berliner Zustände 2007 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Herausgeber: apabiz und MBR, 64 Seiten, als pdf u.a. bei www.apabiz.de, www.mbr-berlin.de sowie als Druckfassung gegen eine Schutzgebühr von zwei Euro bestellbar.

Ausland

Wurzeln oder Zweige

In Frankreich formiert eine neue rechtsextreme Sammlungsbewegung – Unterstützung will man auch von erfolgreichen Rechtspopulisten aus dem Ausland.

Die französische extreme Rechte ist seit dem 1. Juni um einen neuen organisatorischen „Pol“, der Kräfte um sich herum zu kristallisieren versucht, reicher. Allerdings dementierte der langjährige Kader des Front National Jean-François Touzé, der zu den führenden Köpfen der neuen Sammlungsbewegung zählt, die zuvor durchaus erkennbare Absicht, eine neue politische Partei zu formieren. Mutmaßlich vorwiegend deswegen, weil der Sammlungsversuch nicht so schnell heranwächst, wie es von den Initiatoren gerne gesehen worden wäre. Im Dezember soll nun ein erster „Kongress“ der Organisation abgehalten werden – auf der die Neuformation sich dann möglicherweise in eine politische Partei umwandelt. Bis dahin soll die Sammlungsbewegung die extreme Rechte vor allem, so Touzé, ideologisch „bewaffnen“ und mit Konzepten ausrüsten helfen.

Der Name lautet „Nouvelle droite populaire“ (NDP), ungefähr: Den kleinen Leuten verbundene neue Rechte. Er enthält eine doppelte Anspielung auf rechtsextreme Strömungen beziehungsweise „Bewegungen“ der Vergangenheit. Einerseits auf die „Nouvelle Droite“ (oftmals grobschlächtig mit ‚Neue Rechte’ übersetzt, wobei letzterer Begriff im Deutschen eine wesentlich allgemeinere und unpräzisere Bedeutung hat), also jene intellektuelle Fraktion um Alain de Benoist, die nach der Niederlage der extremen Rechten in der Phase der französischen Kolonialkriege in den späten 60er Jahren entstand und in den 70ern für eine Neubegründung der Konzepte des rechten Lagers eintrat. Der Front National wiederum hatte sich seit seiner Gründung im Oktober 1972 selbst als „droite nationale, sociale et populaire“ („Nationale, soziale und den kleinen Leuten verpflichtete Rechte“) definiert. Die Selbstbenennung der neuen NDP spielt also auf beide Bezeichnungen an.

Bei ihrer Gründungsversammlung an dem Sonntagnachmittag, den 1. Juni im Südwesten von Paris bezog sich die neue NDP auch positiv auf rechtslastige Politiker in Europa: Gianfranco Fini, Silvio Berlusconi, Umberto Bossi von der Lega Nord, Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei (SVP), Heinz-Christian Strache von der österreichischen FPÖ sowie Repräsentanten des belgisch-flämischen Vlaams Belang (VB) und anderen. Dies wiederum macht einen Unterschied zum „klassischen“ FN auf, denn dessen langjähriger Chef Jean-Marie Le Pen betrachtet zumindest Fini, Berlusconi und Blocher als „Juniorpartner des Establishments“. Letztere, so warf Le Pen ihnen vor, hätten „ihre Seele für ein paar Ministersessel verkauft“.

Das durch die neue NDP gewünschte Profil zeichnet sich durch eine doppelte Kritik am „klassischen“ FN aus. So hatte Alain Soral, der beim FN die Cheftochter Marine Le Pen berät, einen Namen für die heute umworbenen französischen Staatsbürger ausländischer Herkunft gefunden: „Français de branche“ (Franzosen vom Ast/Zweig), im Gegensatz zu den im allgemeinen Sprachgebrauch so genannten „Français de souche“ (wörtlich „Wurzelfranzosen“, womit die Franzosen nichtmigrantischer Herkunft bezeichnet werden). Eine Konzeption, die bei den Hardlinern und lupenreinen Rassenideologen der extremen Rechten wiederum Tobsuchtsanfälle auslöst. So erklärte Pierre Vial, der nazi-nächste herausragende Repräsentant der französischen extremen Rechten und Chef des Clubs „Terre et peuple“ (Volk und Erde) in einer Grußbotschaft, die bei der NDP-Gründungsversammlung viel Beifall erntete: „Der Kampf gegen die Invasoren scheint heute durch diejenigen aufgegeben zu werden, die sie (die Eindringlinge) als 'Zweige des Baumes Frankreich' bezeichnen.“

Bei den NDP-Gründern setzt man unterdessen auf eine Unterstützung der (und durch die) erfolgreichen, zum Teil am Regierungsgeschehen beteiligten rechtsextremen oder rechtspopulistischen Kräfte in Europa. Der seit April amtierende postneofaschistische Bürgermeister von Rom, Gianni Alemanno, wurde der Pariser Konferenz etwa als „aus unseren Reihen hervorgegangen“ präsentiert. Und so entsandte neben anderen auch der Europaparlamentarier der norditalienischen, rassistisch-föderalistischen Lega Nord und frühere Staatssekretär Mario Borgezio eine Grußbotschaft an die Versammlung der neuen NDP.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

Unerwünschte Kollegen

Vor 70 Jahren verhängten die Nazis ein Berufsverbot für alle jüdische Ärzte – nichtjüdische Mediziner waren zahlreich in den NS-Organisationen vertreten.

Der Berufsverband Deutscher Internisten (BDI) hat Ende Mai dieses Jahres einen höchst umstrittenen Kollegen geehrt: Hans-Joachim Sewering. Er erhielt die höchste Ehrung des Verbandes, die Günther-Budelmann-Medaille. In den Büchern des Experten für die Medizin im „Dritten Reich“, Ernst Klee, findet sich der Name des 92-jährigen Arztes nicht. Der „Spiegel“ freilich meldet in diesem Zusammenhang, Sewering sei „in das so genannte Euthanasie-Programm involviert gewesen, bei dem Nazi-Mediziner etwa behinderte Kinder umbrachten.“ Sewering stieg nach dem Krieg zum Präsidenten der Bundesärztekammer auf – ein hoher und einflussreicher Posten.

Die Ehrung für Sewering fällt mit einem Datum zusammen, an das deutsche Ärzte nicht gern erinnert werden. Am 25. Juli 1938, also vor 70 Jahren, verhängte die Reichsregierung ein Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte. Diese waren damit arbeitslos und verarmten, es sei denn, sie hatten noch die Kraft und die finanziellen Mittel, zu emigrieren. Aber auch in ihrem Zufluchtsland mussten sie hohe Hürden überwinden, weil sie ebenso wie ihre juristischen Kollegen neue Examina zu bestehen hatten. Hinter diesen strengen Vorschriften steckte auch Brotneid. Man wollte keine zusätzlichen Konkurrenten. In dieser Hinsicht gab es Parallelen zu den nichtjüdischen Ärzten in Deutschland. Das jedenfalls wäre eine Erklärung dafür, dass deutsche Ärzte sehr früh und in großer Zahl Mitglieder von NS-Organisationen wurden. In der „Enzyklopädie des Holocaust“ heißt es dazu (Bd. 1, S. 85): „Die Ärzte hatten, im Verhältnis zu allen anderen Berufsgruppen, den höchsten Prozentsatz an Parteimitgliedern (45 Prozent). Das zahlenmäßige Verhältnis ihrer Mitgliedschaft in SA und SS lag zwei- beziehungsweise siebenmal höher als das der Lehrer. Dies hatte seinen Grund sowohl in den autoritären und nationalistischen Tendenzen der deutschen Ärzte, als auch in der Betonung einer ‘biologisch-medizinischen Vision nationaler Gesundung’ von Seiten der Nationalsozialisten.“

Dabei waren viele jüdische Ärzte sehr viel fortschrittlicher als ihre nichtjüdischen Kollegen. Das zeigte sich besonders in Berlin, wo bereits in den zwanziger Jahren approbierte jüdische Ärzte Naturheilkundeverfahren anwandten, die von nichtjüdischen Kollegen als Kurpfuscherei abgetan wurde. Das spürten die Juden schon zwei Monate nach dem 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübernahme. Ärztefunktionäre drängten darauf, jüdische Kollegen aus Krankenversicherungsunternehmen auszuschließen. Krankenversicherungen überprüften, ob Rechnungen von einem jüdischen Arzt kamen. War dies der Fall, übernahmen sie keine Kosten. Das Gleiche galt für Rezepte, was zwangsläufig dazu führte, dass viele Patienten diese Praxen mieden. Mit Rassenhass hatte das zunächst nichts zu tun, wohl aber sprach sich herum, wer jüdisch war. So gerieten jüdische Mediziner immer mehr in Armut. SA-Wachen vor den Praxen schreckten zusätzlich ab. Viele trauten sich nicht mehr, solche Häuser zu betreten. In Berlin freilich gingen auffallend viele Patienten weiter zu ihrem jüdischen Arzt und bezahlten die Rechnung privat.

All das ist erst Anfang der 80er Jahre nach und nach aufgearbeitet worden. Federführend war der Publizist und Pädagoge Ernst Klee, dessen Dokumentationen im Frankfurter S. Fischer Verlag erschienen sind. Inzwischen gibt es in Deutschland einen „Verband jüdischer Ärzte und Psychologen“. Er hat etwa 2000 Mitglieder und setzt sich dafür ein, in Alt-Rehse bei Neubrandenburg ein Zentrum für Ethik und Medizin einzurichten. Es ist ein historischer Ort. In Al-Rehse wurden während der NS-Zeit Mediziner auf die Rassenhygiene, Zwangssterilisierung und „Euthanasie“ eingeschworen – also die geistige Vorbereitung der „Endlösung der Judenfrage“.

Während einer Tagung des Verbandes im November 2004 im Centrum Judaicum in Berlin forderten die Mediziner eine systematische Aufarbeitung der Medizin im NS-Staat. In diesen Zusammenhang gehört die Untersuchung der Medizinhistorikerin Rebecca Schwoch zur Geschichte der Verfolgung jüdischer Ärzte in Berlin. Dort gab es die meisten jüdischen Praxen, deshalb bietet es sich an, in Berlin zu beginnen. Das freilich kann nur ein Anfang sein. *Heiner Lichtenstein*

Meldungen

Mörderisches Klima

Russland (Moskau) – Bis Mitte Mai wurden in Russland bei fremdenfeindlichen Übergriffen landesweit mindestens 72 Menschen getötet und 137 verletzt. Damit ist jetzt bereits die Zahl der Getöteten höher als im Vorjahr insgesamt. 2007 wurden Angaben der Menschenrechtsorganisation „SOWA" zufolge 68 Personen, zumeist aus Kaukasien und dem mittelasiatischen Raum, bei rechtsextremen Übergriffen getötet. Fast 600 Personen wurden verletzt. Am schlimmsten war die rassistische Gewalt im Großraum Moskau (35 Tote, 80 Verletzte), St. Petersburg (16 Tote, 19 Verletzte) und dem Gebiet Swerdlowsk (3 Tote, 4 Verletzte). Mitte Mai wurden in Moskau vier Rechtsextremisten zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht befand die Männer für schuldig, im August 2006 einen Bombenanschlag, den ersten gezielt gegen Ausländer gerichteten Anschlag in Russland, auf einen Markt in Moskau verübt zu haben, bei dem 14 Menschen starben. Bei den meisten Opfern handelte es sich um chinesische und vietnamesische Händler. In Russland soll es Schätzungen zufolge 300 rechtsextreme Gruppierungen geben. Allein die Skinheads zählen 60 000 bis 70 000 Anhänger. (am)

Standortwechsel

Mosbach – Der langjährige Neonazi Meinolf Schönborn (Jg. 1955), vormals Vorsitzender der 1992 verbotenenen Neonazitruppe „Nationalistische Front" (NF), mobilisiert zur Feier der „Sommersonnenwende" am 21./22. Juni im Großraum Eisenach. Bislang fand das braune Meeting auf dem Gelände des jüngst verbotenen Collegiums Humanum im nordrhein-westfälischen Vlotho statt. Durch Verbote, so tönt der mehrfach verurteilte Neonazi in einer Rundmail „lassen sich Nationalisten und Patrioten nicht beeindrucken. Letztendlich sind diese Verbote ein Zeichen der Schwäche des BRD-Systems." Den „BRD-Systemschergen sowie jeglichen Feinden unseres deutschen Volkes" teilt Schönborn mit: „Wir lassen uns niemals unterkriegen!" Szene-Kenner zufolge soll die „Sommersonnenwende" im Landgasthof „Frische Quelle" in Mosbach (Nähe Eisenach) stattfinden. Mehrfach fanden in dem Gasthaus schon rechtsextreme Tagungen, darunter des „Deutschen Kollegs", statt. Werbeanzeigen des Gasthauses erschienen unter anderem in der „National-Zeitung". (am)

Marx für Schwerin

Schwerin – Peter Marx, NPD-Generalsekretär und Geschäftsführer der mecklenburg-vorpommerschen NPD-Landtagsfraktion, kandidiert am 14. September bei der Oberbürgermeisterwahl in Schwerin. Marx, jetzt Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, war bis zum NPD-Parteitag in Bamberg auch Bundesvize. Der 51-jährige Marx war ehemals Bundesvorsitzender der NPD-Studierendenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulverband (NHB) und Leiter des Arbeitskreises Saarbrücken der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP). (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de